

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Harald Leibrecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/3839 –**

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern auf eine neue Grundlage stellen

A. Problem

Ein großer Teil der finanziellen Ressourcen, die von den entwickelten Ländern für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufgewendet werden, kommt nicht den Ländern zugute, die objektiv den größten Entwicklungsbedarf haben. Häufig spielen dabei andere Kriterien wie wirtschafts-, macht- und sicherheitspolitische Erwägungen eine große Rolle, aber auch die Unbeweglichkeit der Entwicklungsadministrationen, die auf die ständigen Veränderungen in den Empfängerländern und zwischenzeitlich erreichte Fortschritte nicht reagieren. Dadurch werden weniger hilfsbedürftige Länder überproportional berücksichtigt, die ärmsten und hilfsbedürftigsten Länder jedoch ungerechtfertigt zurückgesetzt und damit die ethischen Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit verlassen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3839 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Stephan Hilsberg
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Stephan Hilsberg, Hellmut Königshaus, Hüseyin-Kenan Aydin und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3839** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Intensivierung der Partnerschaft mit Afrika, besonders in der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Dach- und Regionalorganisationen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung, der **Finanzausschuss** in seiner 70. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 50. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 45. Sitzung, der **Verteidigungsausschuss** in seiner 61. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 42. Sitzung, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 41. Sitzung und der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner 40. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Ablehnung.

Die **Fraktion der FDP** macht deutlich, dass ihre Kritik an der Zusammenarbeit mit Ländern wie China, Ägypten, Thailand, Pakistan und Indien im Rahmen des Ankerlandkonzepts nicht bedeute, dass die Zusammenarbeit mit diesen Ländern eingestellt werden sollte. Es sei jedoch ein engerer Blick zu behaupten, dass wenn sich die Ankerländer entwickeln würden, diese aus ihrem inneren Gefüge heraus eine positive Wirkung auf ihr Umfeld hätten. Es ginge um die Leistung von signifikanten Eigenbeiträgen. Dies würden die Länder selbst so wollen und dazu seien sie in der Lage. Man könne von ihnen für den Umgang mit Ländern, die es noch nicht geschafft haben, lernen. Dieser Ansatz fehle im Ankerlandkonzept, weshalb die Fraktion der FDP mit ihrem Antrag versuche, ihn mehr in den Blickpunkt zu rücken. Die Schwellenländer müssten daran erinnert werden, dass sie ihre eigene Entwicklung aufgrund der EZ ermöglichen konnten, und nun ihrerseits bereit sein, entsprechende Aktivitäten vorzunehmen. China sei bereits ein Geberland, allerdings unter anderen Kriterien und mit anderen Zielsetzungen als Deutschland. Die Fraktion der FDP habe ebenso ein Interesse an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Ländern und an der Förderung der deutschen Exportinteressen. Es stelle sich allerdings die Frage, ob man dieses Interesse über Konzepte mit von ethischen Gesichtspunkten getragenen Entwicklungsüberlegungen, Anstrengungen und Entwicklungszielen vermischen sollte. Damit untergrabe man die moralische Grundlage für die EZ sowie für ihre Rechtfertigung in der Öffentlichkeit. Auch habe das Ankerlandkonzept nichts mit der Frage zu tun, wie man diese Länder, u. a. was die Klimaziele angehe, überzeugen könne. Ihre weitere Einstufung im Rahmen der EZ-Länder-Gruppe habe eher etwas damit zu tun, dass sie unter dem Gesichtspunkt Entwicklungsprivilegien bei der WTO und im Kyoto-Prozess gewisse Vorteile haben würden. Insofern sollte man sich mehr auf die im Antrag beschriebene Grundlage konzentrieren und weniger auf den Versuch, unterschiedliche Länder mit unterschiedlichen Interessen in einer Gruppe zusammenzufassen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass die Entwicklung der Anker- und Schwellenländer die Entwicklungspolitik und die Politik generell vor neue Herausforderungen stelle, auf die reagiert werden müsse. Die Antwort der Fraktion der FDP hierauf in ihrem Antrag sei aber unschlüssig. Der Ver-

such, die einzelnen Kategorien von Entwicklungsländern gegeneinander auszuspielen, sei falsch. EZ sei mehr als nur internationale Sozialhilfe. Die Entwicklung der Schwellen- und Ankerländer sei ein entscheidender Ausgangspunkt für die Entwicklung ganzer Regionen und globaler Entwicklungen. Die Bundesrepublik Deutschland müsse ein vitales Interesse daran haben, dass die Entwicklungen in China und Indien nicht aus dem Ruder laufen. Diese Länder sollten, wenn sie anderen Ländern helfen würden, das in einem Rahmen tun, der sich mit den Interessen Deutschlands decke. Von diesem Ansatzpunkt aus stelle sich die entscheidende Frage, ob und was man tun könne, um solche Entwicklungen in China, Indien und anderswo zu beeinflussen. Unsinnig sei es, China kein Geld mehr geben zu wollen, weil es in Afrika investieren würde. Denn mit dem Geld beabsichtige man, dass etwas im Interesse Deutschlands und im Interesse einer guten Entwicklung in der Region und in der Welt geschehe. Man müsse China, Indien und andere Schwellenländer bei dem Versuch, die entwicklungspolitischen Ziele Deutschlands in Afrika und anderswo zu konkretisieren, einfangen. Dies sollte aber unter deren Einbeziehung in Form von Dreiecksoperationen erfolgen. Der Antrag der Fraktion der FDP werde abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** streicht heraus, es werde oft übersehen, dass die Regierungen in den Anker- oder Schwellenländern nicht homogen seien und es unterschiedliche Akteure gebe. Durch eine geschickte Kooperation sei es durchaus möglich, diejenigen Akteure, die auf eine nachhaltige Entwicklung setzen würden, zu unterstützen. Es müsse im positiven Sinne Politikbeeinflussung betrieben werden, statt zu behaupten, dass die Chinesen oder Brasilianer einen einheitlichen Block darstellten. Es sei eine große Chance, die in dem Ansatz des Ankerlandkonzeptes liegen würde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze es und halte es für tragfähig. Es müsse aber ständig überprüft werden und gehöre dauerhaft in die Diskussion. Armutsbekämpfung bleibe ein wichtiges Ziel, welches jedoch mit anderen Mitteln verfolgt werden sollte. Den Antrag der Fraktion der FDP lehne sie ab, weil in ihm zu sehr vereinfacht werde und die Differenzen nicht ausgeleuchtet würden.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert den Antrag als eine Ansammlung von im Ankerlandkonzept bereits enthaltenen Themen. Außerdem werde die Forderung erhoben, einer-

seits die finanzielle Zusammenarbeit mit Schwellenländern schrittweise zu beenden, andererseits aber Partnerschaften für den globalen Klimaschutz mit diesen Ländern zu schließen. Solch eine Partnerschaft sei nicht umsonst zu haben. Wenn man von den Schwellenländern verlange, dass sie unter Verzicht auf Konvertierung ihrer Wälder in Wirtschaftswälder die grüne Lunge der Erde schützen, müsse man bereit sein, im Rahmen von finanzieller Zusammenarbeit Geld in das Land zu investieren. Dabei müsse es darum gehen, Geld in Projekte zu geben, die dem Waldschutz dienen und alternative Einkommensmöglichkeiten schaffen, um der lokalen Bevölkerung zu helfen. Wenn man argumentiere, angesichts der wirtschaftlichen Stärke und der Finanzreserven Chinas sei Entwicklungshilfe nicht mehr gerechtfertigt, reduziere man sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies sei noch unmoralischer, als mit Entwicklungshilfe zu versuchen, das Land in Richtung soziale Gerechtigkeit, Einhalten von Menschenrechten und Umweltstandards zu bewegen. Es sei wichtig, mit den Schwellenländern eine Partnerschaft anzustreben, gerade wenn man Entwicklungshilfe als mehr als nur soziale Hilfe verstehe. Unstrittig sei, dass es Veränderungen gebe, mit denen man in der Entwicklungspolitik vor 20 Jahren nicht gerechnet habe und Antworten gegeben werden müssten. Dies sollte jedoch nicht in Form eines Antrages geschehen, sondern in offener und breiter Diskussion.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ist ebenfalls der Ansicht, dass man sich mit dem Ankerländerkonzept auseinandersetzen und es einer Bewertung unterziehen müsse, allerdings nicht in Form von Anträgen. Sie werde den Antrag deshalb ablehnen. Entwicklungspolitik dürfe nicht den Interessen der Industrie dienen. Elitebildung würde vor allem in den markt- und liberalisierungsbezogenen Ansätzen gefördert, dieser Ansatz sollte nicht transportiert werden. Marktfreiheit sei nicht gleichzusetzen mit Entwicklung. Die Zusammenarbeit mit den Ankerländern sollte über Europa und nicht über Deutschland koordiniert werden, dadurch könnten die Mittel in Afrika stärker dorthin gelenkt werden, wo es sinnvoller wäre.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Stephan Hilsberg
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter